

Über Rote Listen in der Kultur



Prof. Dr. Dieter Haselbach ist Geschäftsführer des Zentrums für Kulturforschung GmbH. Er ist einer der vier Autoren der 2012 veröffentlichten Polemik »Der Kulturinfarkt«

Den nachstehenden Text hat der Autor der Zeitschrift Politik und Kultur, die mit der Bundesförderung an den Deutschen Kulturrat ermöglicht wird, angeboten. Er war davon ermutigt, da der Herausgeber Olaf Zimmermann seine Zeitschrift als ein der Informationsfreiheit und Diskussion verpflichtetes Medium charakterisiert. Der Abdruck wurde unter anderem mit dem Hinweis abgelehnt, der Autor solle es eher bei den Kulturpolitischen Mitteilungen versuchen. Er dankt den Kulturpolitischen Mitteilungen für Veröffentlichung der Zeilen.

Eine Kontroverse in der Kultur! Tobias J. Knoblich hatte es gewagt, in den Kulturpolitischen Mitteilungen (155 IV/2016) einige Zweifel daran zu äußern, ob die »Rote Liste«, wie sie regelmäßig in der »Politik und Kultur« veröffentlicht und über den Presseverteiler des Deutschen Kulturrats verbreitet wird, ein sinnvolles kulturpolitisches Instrument sei. Und Olaf Zimmermann schrieb dortselbst (156 I/2017) eine Replik, in der er vieles richtigzustellen suchte, was von Knoblich gar nicht als falsch behauptet worden war. So wissen wir nun, dass diese Rote Liste keine öffentliche Verlautbarung des Deutschen Kulturrats ist, sondern von den Herausgebern der »Politik und Kultur« verantwortet wird. Und dass auch in der Ökologie beim Schreiben von Roten Listen einige begriffliche Willkür nicht zu vermeiden ist. Außerdem wissen wir, dass die Zeitschrift »Politik und Kultur« kein Zentralorgan des sie tragenden Verbandes ist, sondern eine Zeitschrift, die sich für »Kunst-, Publikations- und Informationsfreiheit einsetzt«. Das müsste sich ja nicht widersprechen. Als Medien für eine kontroverse kulturpolitische Diskussion haben sich in den letzten Jahren weder das Organ, in dem der Deutsche Kulturrat seine verbandlichen Verlautbarungen veröffentlicht noch die Zeitschrift der Kulturpolitischen Gesellschaft nachhaltig profiliert. Was daran liegen mag, dass es der Kulturpolitik an kontroverser Materie mangelt, dass große Einigkeit darin herrscht, dass im Kulturstaat Deutschland

Kultur von jenem Staate gehörigst bezahlt werden soll. Man erinnert sich schwach an eine Diskussion vor einigen Jahren, die davon ausgelöst wurde, dass der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats behauptet hatte, es habe einige Menschen gegeben, die verlangt hätten, Kulturetats zusammenzustreichen. Aber selbst die Gemeinten hatten das seinerzeit nicht verlangt, sondern lediglich zur Diskussion stellen wollen, ob die Kriterien für die Verteilung öffentlicher Mittel in der Kultur nicht gelegentlich auch einmal kritisch durchleuchtet werden sollen.

Problematische Analogie

Der Punkt, an dem eine Rote Liste für die Kultur Unbehagen bereitet, liegt genau hier. Mit ihrer ökologischen Metaphorik suggeriert sie, dass ihre Perspektive unbedingt zustimmungspflichtig sei. Das ökologische System gilt den meisten Zeitgenossen als hochkomplex und auf eine Weise vernetzt, in der, wenn vielleicht nicht im Detail für den Betrachter durchschaubar, Stabilität und Resilienz sich aus dem Zusammenwirken der vielen Komponenten einstellen. Eine Rote Liste, wie immer sie zustande kommt, gilt als Alarmzeichen für eine sich verringernde Stabilität des ökologischen Systems, kann doch im komplexen System jede gefährdete Komponente an einer noch nicht durchschauten wichtigen Systemstelle wirken. Deswegen lohnt sich nach dieser Vorstellung die erbitterte Verteidigung jedes Systemteils. Hilfreich für solche Verteidigung ist sicherlich, dass durch ökologisches Marketing häufiger solche Lebewesen auf die Liste gesetzt werden, die menschliche Identifikation leicht machen, als solche, die uns Menschen nicht so gefallen. Also eher Säugetier als Wurm, eher Vogel als Virus.

Die Rote Liste Kultur transportiert das Bild eines ökologischen Systems in einen anders gearteten Zusammenhang. Kulturförderung ist das Ergebnis einer großen Zahl von Kulturförderentscheidun-

gen unterschiedlicher politischer Körperschaften im Rahmen von deren jeweiligen Haushaltserwägungen. Jede Entscheidung, eine künstlerische Aktivität, eine kulturelle Institution, eine Erinnerung oder ein Fest zu fördern, erfolgt jeweils aus Erwägungen über den Wert dieser Aktivität für ein Gemeinwesen einerseits, über die Verfügbarkeit von ausreichenden Mitteln aus dem Haushalt dieses Gemeinwesens für diesen Zweck andererseits. Wo solche Erwägungen sich ändern, aus welchen Gründen auch immer, werden andere Entscheidungen getroffen, wird eine Förderung eingestellt, eine neue aufgemacht, werden Haushaltsmittel in die oder aus der Kulturförderung transferiert u.a.m. Jede solcher politischen Entscheidungen muss im Lichte der jeweiligen Einzelumstände erwogen werden. Änderungen in der Kulturförderung gefährden nicht ein System in seinem Zusammenwirken, sondern ändern die Bedingungen für die jeweilig geförderte Aktivität, mehr nicht.

Durch die Rede von der Roten Liste, durch die Parallelführung von Gefährdungskategorie wird aber suggeriert, dass die Verhältnisse genauso liegen wie in komplexen ökologischen Systemen. In der Internetpräsentation des Deutschen Kulturrats klingt das wie folgt: »In der Roten Liste bedrohter Kultureinrichtungen, einer Analogie zu den bekannten ›Roten Listen‹ bedrohter Tier- und Pflanzenfamilien, werden gefährdete Kulturinstitutionen, -vereine und -programme in Politik & Kultur, der Zeitung des Deutschen Kulturrates, vorgestellt. Ziel ist es, auf den Wert einzelner Theater, Museen oder Orchester hinzuweisen. Oft wird die Bedeutung einer kulturellen Einrichtung den Nutzern erst durch deren Bedrohung deutlich.« (www.kulturrat.

de/thema/rote-liste-kultur, 7.5.2017) Nur am Rande sei angemerkt, dass es semiotischer Feinerhebungen bedarf, um zu entdecken, dass diese Rote Liste nicht aus der Verbandsarbeit des Deutschen Kulturrats erwächst. Aber das hat Zimmermann ja richtiggestellt. Wichtiger ist, dass durch solche Parallelführung mit ökologischen Bildern jeder Kultureinrichtung der Status einer biologischen Art unterstellt wird. Dahinter steht die durchsichtige Absicht, alle Kulturförderung, so wie sie jetzt ist, unter einen unbedingten Schutz zu stellen, mit der Konsequenz, dass kulturpolitische Änderung nur stattfinden könnte in Form einer Ausweitung der Förderung, denn die gefährdet das Vorhandene nicht. Das könnte der würdige Zweck eines Kulturverbandes wie des Deutschen Kulturrats sein, der die bestehenden Interessen an Kulturförderung bündelt. Ob dies aber auch im Interesse einer Gesellschaft liegt, die mit ihrer Kulturförderung politische Zwecke verfolgt, entscheidet ja nicht ein kulturpolitischer Lobbyist, sondern entscheiden weiter die vielen Körperschaften, die über die Vergabe kultureller Fördermittel zu beschließen haben. Vor diesem Hintergrund ist jedes kontroverse Nachdenken über kulturpolitische Ziele wertvoll. Die Rote Liste Kultur hingegen ist eine Liste, die genau das Gegenteil bewirken soll: Jedes Nachdenken über Veränderungen zu entmutigen, sich dabei einer Quasi-Naturalisierung von Kultur zu bedienen. Eines der grundlegenden Axiome der Kulturwissenschaft, jenes von der größtmöglichen terminologischen Differenz zwischen Natur und Kultur, könnte auch vom Kulturrat und seiner Zeitung beachtet werden. Aber vielleicht gibt es ja eine Unverträglichkeit zwischen begrifflicher Sauberkeit und dem ernstesten Tun des Lobbyisten. ■

Migrationsgründe

»Ganz gleich, wie arm man ist, solange man ein Telefon mit Internetanschluss hat, kann man das Leben der reichsten Menschen in den wohlhabendsten Teilen der Welt bestaunen. Und da heute im Afrika südlich der Sahara mehr Menschen über ein Smartphone als über Zugang zu sauberem Wasser verfügen, bedeutet das über kurz oder lang, dass niemandem auf unserem immer voller werdenden Planeten diese Ungleichheit entgeht.

Die Folgen davon sind deutlich zu sehen: Von Hoffnung auf ein besseres Leben getrieben, strömt die arme Landbevölkerung in die Städte. Und wenn die Menschen dann erkennen, dass das auf Instagram zu sehende Paradies in den dortigen Elendsvierteln nicht zu finden ist, wollen sie es jenseits des Meeres finden und schließen sich dem Strom der Wirtschaftsmigranten an. Diese Migrantenströme setzen die Infrastrukturen und Volkswirtschaften in den Aufnahmeländern gewaltig unter Druck, untergraben damit die Toleranz und schüren den politischen Populismus noch weiter.«

Stephen Hawking